

„Was tun die Physiker?“

Ansprache des DPG-Präsidenten

Roland Sauerbrey

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Präsident der Universität Hannover, lieber Herr Schätzl, verehrte Preisträger, verehrte Tagungsteilnehmer – oder besser – liebe Freundinnen und Freunde der Physik, wir nehmen heute an der fünften großen Physikertagung in Hannover nach dem 2. Weltkrieg teil. Hannover nimmt damit eine herausragende Position unter den deutschen Städten ein.

Ihnen, Herr Präsident Schätzl, danken wir, dass Sie als Hausherr die Räume Ihrer Universität zur Verfügung stellen. Mir haben Ihre Einführungsworte zur Qualität und Konzentration gefallen, die ja über Ihre Universität und über Niedersachsen hinaus Allgemeingültigkeit haben.

Unseren Gastgebern am Institut für Quantenoptik, Wolfgang Ertmer und Eberhard Tiemann, mit ihrem Team begeisterter Studenten und Mitarbeiter danke ich für die hervorragende Organisation der Tagung. Ich erwähne auch Herbert Welling, dessen Wirken für die Hannoveraner Physik und auch für die Vorbereitung dieser Tagung unersetzlich war und ist.

Ganz besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie kurz nach Ihrer Wahl zum Regierungschef dieses Landes zugesagt haben, einige Worte an unsere recht kritischen Tagungsteilnehmer zu richten.

Bei den großen Frühjahrstagungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft hat es sich eingebürgert, zwischen der Politik und der Wissenschaft einen Dialog zu führen. Dabei wollen wir nicht über Außenpolitik reden, nein, wir wollen Themen aufgreifen, von denen wir Sachkenntnis haben. Wir stellen einige Fragen und wir hoffen, dass Sie uns einige Antworten geben.

Da Sie, Herr Ministerpräsident, wohl doch eher selten mit Physikern Kontakt haben, lassen Sie mich kurz beschreiben, was uns umtreibt. Wir verfolgen in der Wissenschaft physikalische Forschung, kommen einem Urtrieb der Men-

schen nach, nämlich dem Trieb, die Natur zu verstehen.

Wir selbst sind immer wieder fasziniert von den Ergebnissen unseres Bemühens, und wir werden über neue Ergebnisse unserer Forschung auf dieser Tagung vortragen. Dabei geht es um Gravitationswellen, Quantengravitation, Quanteninformation, die kälteste Materie im Universum, Laser- und Elektronenspektroskopie sowie das immer lebendige Gebiet der Mikroskopie, um die Hauptthemen der Plenarvorträge zu nennen. Selbstverständ-



Roland Sauerbrey, der Präsident der DPG, forderte in Hannover die Politiker auf, verstärkt in den Dialog mit den Physikern zu treten und deren Expertise zu nutzen. (Fotos: T. Hartung)

lich steht bei der Physikertagung die Physik im Mittelpunkt.

Schon an der Auswahl der Themen für die Symposien wird aber deutlich – und das ist ein wesentliches Charakteristikum der Hannoveraner Tagung –, dass sich die Physik in einem gesellschaftlich-politischem Umfeld bewegt, und dass in demselben Maß, wie physikalische Themen zunehmend die gesellschaftlich-politische Diskussion beeinflussen, dies auch eine Rückwirkung auf die Themenauswahl einer Physikertagung hat. Dies zeigt sich besonders deutlich an einigen Plenarvorträgen. Neben den erwähnten, zentral in der Physik angesiedelten Themen spielen Energiefragen, der Klimawandel, der Umgang mit Kernwaffen und ihren

Hinterlassenschaften eine wichtige Rolle im Programm der Hannoveraner Tagung.

Zurück zur Frage: Was tun die Physiker?

Antworten, die wir auf unsere Forschungsfragen erhalten, erzeugen fast immer neue Fragen. Wissenschaft ist unendlich und fordert von uns ganz eindeutig Bescheidenheit. Wissenschaft ist nicht demokratisch, man kann über die Gültigkeit der Grundgesetze der Mechanik nicht abstimmen.

Wissenschaft ist elitär, nicht jeder kann an ihr teilnehmen.

Wissenschaft betreiben heißt Kultur betreiben, und wir sind in Deutschland stolz, dass wir unter den Ländern dieser Welt einen angesehenen Platz im Kulturleben der Wissenschaft einnehmen.

Wir empfinden im Forschungsbereich unseren Beruf mit Dankbarkeit als Privileg.

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte auf der Physikertagung in Ulm 1980: „Wer ein Privileg genießt, muss auch eine Bringschuld an die Gesellschaft abtragen.“

Die Bringschuld wird von uns – auch ohne Aufforderung – abgetragen, indem wir für die Lösung wesentlicher Probleme der Gesellschaft – in der Gesundheitspolitik, in der Umweltpolitik, in der Energiepolitik, aber insbesondere auch in der Bildungspolitik aus unserem Beruf heraus – Lösungswege aufzeigen.

Nehmen wir das Gesundheitswesen. Wir versuchen aus unserer Wissenschaftsdisziplin heraus das Diagnose- und Therapiepotenzial zur Verbesserung unserer Lebensqualität zu stärken mit der heute besonders im Blickfeld stehenden Nebenbedingung einer Kostenneutralität oder, wenn möglich, sogar einer Kostenreduzierung.

Allein aus der Quantenoptik heraus – und dazu gehört auch die Laserphysik – wurden in jüngster Zeit für unser wichtigstes Sinnesorgan – das Auge – mehrere Verfahren entwickelt, um die Sehkraft zu verbessern oder bis ins hohe Alter zu erhalten.

Prof. Dr. Roland Sauerbrey, Institut für Optik und Quantenelektronik, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Max-Wien-Platz 1, 07743 Jena

Physikalische Spitzenforschung an den Universitäten erzeugt in deren Umfeld überall auf der Welt neue Technologien und damit neue Arbeitsplätze. Auch wenn der Gründungseifer einiger Universitäten in den USA in dieser Hinsicht größer sein mag als bei uns, so zeigt doch der Blick auf Universitätsstädte in Deutschland – und dabei fällt mir zum Beispiel meine Heimatstadt Jena, aber auch Göttingen oder Hannover in Niedersachsen ein –, dass um die Stätten physikalischer Forschung herum neue Technologieschwerpunkte mit erheblichen, positiven wirtschaftlichen Konsequenzen entstehen.

Ein kritisches Wort zu neuen Technologien. Ein wesentliches Ziel menschlichen Strebens ist es, der Glückseligkeit näher zu kommen – der Eudämonie näher zu kommen, so nannten es die Stoiker wie Epikureer oder „to achieve happiness“, so steht es in der amerikanischen Verfassung – und dieses menschliche Streben wird nach unserer Erfahrung nur unwesentlich durch neue Technologien befördert.

Dennoch brauchen wir neue Technologien, denn in einer globalisierten Welt können wir unseren hohen, uns so lieb und teuer gewordenen Wohlstand nur durch ständige Innovation erhalten. Wir verfolgen zielstrebig neue Technologien für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, um in unserer Gesellschaft mehr Geld zu verdienen, um dann für das soziale Wirken und für das Kulturleben größere Freiräume zu schaffen.

Doch dann leisten wir unsere Bringschuld auch noch in einer anderen Form. Wir mischen uns direkt und positiv – so hoffen wir jedenfalls – in die Politik ein.

Welche Legitimation haben die Physiker oder allgemeiner die Wissenschaftler, sich in die Politik einzumischen? So fragte 1999 der damalige Präsident der DPG Alexander Bradshaw auf der Physiker-tagung in Heidelberg. Er kam zu dem Schluss – und daran werde auch ich mich halten – dass Wissenschaftler natürlich kein größeres Recht für sich in der Politik beanspruchen können als andere Bürger auch. Aber die Wissenschaft hat sehr wohl die Pflicht – und das ist Teil unserer Bringschuld – auf die Folgen politischer Entscheidungen ohne Rücksicht auf eigene politische Erwägungen aufmerksam zu machen.

Ähnliches äußerte schon 1970 der frühere Bundespräsident Heine-mann hier in Hannover auf der Physiker-tagung:

Die Wissenschaftler beeinflussen durch ihre Forschungsergebnisse Entwicklungen in der Gesellschaft und können mit ihrem Sachverstand diese Entwicklungen teilweise besser übersehen. „Hieraus ergibt sich die besondere Verantwortung des Wissenschaftlers in dem Sinne, dass er einen höheren Pflichtenstatus hat, nicht aber einen höheren Rechtsstatus“.

Die gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers bedeutet nicht Entscheidungsverantwortung, so doch jedenfalls Informationsverantwortung.

Die gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers bedeutet nicht Entscheidungsverantwortung, so doch jedenfalls Informationsverantwortung.

Der Bundespräsident Heine-mann fügte jedoch seiner Verpflichtung eine wesentliche Aussage hinzu: Die Beteiligung von Wissenschaftlern an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen setzt freilich voraus, dass die Gesellschaft bereit ist, den Rat der so Geforderten anzunehmen. Sie setzt außerdem voraus, dass die Gesellschaft und die Politiker in der Lage sein müssen, wissenschaftlichen Sachverstand zu würdigen und daraus vernünftige Konsequenzen zu ziehen.

Man muss ganz nüchtern – vielleicht mit einem gewissen Bedauern und vielleicht auch ein bisschen frustriert – feststellen, dass dies nur unbefriedigend geschieht.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat ihren Sachverstand zusammengebracht und in vielen Memoranden an diese Bundesregierung, aber auch an frühere Bundesregierungen – zur Energiepolitik, zur Bildungspolitik, speziell zur naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Schulen – Stellung genommen, ohne eine spürbare Wirkung zu erzielen.

Wir fragen nach Gründen.

Liegt es daran, dass nur eine kleinste Minderheit der Politiker eine naturwissenschaftliche Ausbildung hat und wir damit eine andere Sprache sprechen als sie? Oder liegt das unbefriedigende Verständnis zwischen Naturwissenschaftlern

und Ingenieuren mit Politikern an einer, ich sage nicht Technikfeindlichkeit, sondern an einer gewissen Technikreserviertheit?

Wo liegt die Lösung für diese verklemmte Situation? Eine Lösung ergibt sich nur durch einen gemeinsamen Dialog mit gegenseitiger Aufklärung.

Ich will diesen Weg verfolgen und dabei optimistisch nach vorne schauen. Ich möchte drei Themen, die uns als Wissenschaftler angehen, die aber gleichzeitig aktuelle Politik sind, kurz streifen:

- ▶ Energie- und Klimafragen
- ▶ Ausbildung in Schulen und Universitäten
- ▶ Internationalität in der Wissenschaft

Zu Energiepolitik und Klimafragen: Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, die Situation ist sehr ernst. Die Jüngeren unter uns werden die Klimaveränderungen, die wir durch unsere jetzige Energiepolitik hervorrufen, noch am eigenen Leibe spüren. Unsere Kinder und Enkel werden durch die globale Erwärmung wahrscheinlich in ihrer Existenz ernsthaft beeinträchtigt. Durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl oder Erdgas ist der Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre im vergangenen Jahrhundert um dreißig Prozent angestiegen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird sich der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre im Laufe dieses Jahrhunderts etwa verdoppeln. Die damit verbundene Aufheizung der Atmosphäre hätte zur Folge – und hier zitiere ich aus dem kürzlich in der 2. Auflage erschienenen Buch von Klaus Heinloth – dass schon jetzt *absehbare Schäden* etwa durch Zunahme von Wetter-Extrema und Verschiebung von Klimazonen entstehen. Darüber hinaus gibt es *nicht absehbare Risiken* mit globalem Schadensausmaß wie z. B. ein *Umkippen des Klimas* aus seinem in der heutigen Warmzeit bislang außergewöhnlich stabilen Zustand in einen höchst instabilen Zustand. Ein solches Klima war in der letzten Eiszeit und wahrscheinlich auch in der vorangegangenen Warmzeit die Regel. Ein Umkippen des Klimas heute in einen instabilen Zustand hätte katastrophale Folgen für die weltweite Landwirtschaft.

Eine *drastische Abnahme der Intensität des Golfstromes* bedingt durch ein Abschmelzen der schwimmenden nordpolaren Eiskappe, ein

Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter durch Abschmelzen des westantarktischen Eisschildes.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat bereits 1983 vor jeder anderen wissenschaftlichen Organisation auf diesen Umstand aufmerksam gemacht.

Anlässlich des Beschlusses der Bundesregierung, aus der Kernenergie auszusteigen, hat die DPG 1998 ein Energiememorandum publiziert, in dem klar formuliert wird, dass es wesentlich darauf ankommen wird, in der Zukunft fossile Energieträger durch andere, nicht CO₂-produzierende Energieträger zu ersetzen.

Dies ist durch zwei Maßnahmen möglich. Erstens müssen wir in Zukunft mit Energie sparsamer umgehen. Die von vielen ungeliebte Ökosteuern ist also, wenn man sie ausschließlich unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet, vernünftig. Zweitens bedarf es zu einer Substitution fossiler Energieträger der Förderung aller, ich wiederhole aller nichtfossilen Energieträger.

Dazu gehören zunächst Sonne, Wind und Wasserkraft genauso wie die Kernenergie und zukünftig zu entwickelnde Energieträger, etwa aus der Kernfusion. Aber – erneuerbare Energien, gewonnen durch Photovoltaik oder Wind, lösen *nicht* das Energie- und Klimaproblem. Die Brennstoffzelle selbst ist nicht – wie so häufig falsch dargestellt – eine neue Primär-Energiequelle, sondern die Brennstoffzelle ist ein Wandler für Energieträger. Die Kernenergie ist auf absehbare Zeit erforderlich, schon um fossile Energieträger zu substituieren. Unsere französischen Nachbarn oder auch die Chinesen haben diese Einsichten längst verstanden. Warum tun wir uns damit so schwer?

Gegen die Windenergie ist überhaupt nichts einzuwenden, aber mit dem flächendeckenden Ausbau der Windenergie alleine wird man der Ernsthaftigkeit und Dramatik des Klimaproblems nicht gerecht. Es bedarf eben des Ausbaus aller nichtfossilen Energieträger. Die Lösung des Energie- und Klimaproblems ist vielleicht noch möglich, aber sie ist auf jeden Fall schwierig, und die Klimafrage lässt sich bei allem guten Willen sicher nicht mit ideologischen Vorstellungen lösen. Wir können hier nur immer wieder den Sachverstand der DPG als Hilfe anbieten.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat immer wieder Stel-

lung genommen zur Bildungspolitik und hat dringend gefordert, dass der naturwissenschaftliche Unterricht in den Schulen verstärkt wird. Die beruflichen Weichenstellungen werden sehr häufig bereits in der Schulzeit getroffen. Schüler können sich nicht für Fachgebiete interessieren, die sie nicht kennengelernt haben. Es ist wirklich paradox, dass wir auf der einen Seite über vier Millionen Arbeitslose haben und auf der anderen Seite einen Engpass an Fachkräften in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern erleben.

Der Präsident der Fraunhofer Gesellschaft, Hans-Jörg Bullinger, schreibt in der März-Ausgabe des Physik Journals unter dem Titel „Kampf um kreative Köpfe“:

„Deutschland hat im Vergleich zu anderen Industrienationen der Welt ein Drittel weniger Ingenieure und Informatiker. In den 29 OECD-Staaten kommen im Durchschnitt auf 100000 Beschäftigte 1500 Ingenieure oder Naturwissenschaftler. Deutschland liegt mit 1040 weit unter den Spitzenreitern Finnland, Frankreich, Irland, Japan und Korea. Und in den letzten 20 Jahren sind die Studentenzahlen über- all sprunghaft gestiegen, nur nicht in Deutschland.“

Zu Bildung gehört ein solides Verhältnis zu Arbeit und Leistung.

„Ein Bericht der Bund-Länder-Kommission prognostiziert, dass es nach 2015 bei unveränderter Tendenz ausgesprochen kritisch für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland werde. Darin heißt es: ‚Bildungspolitik und -planung stehen vor großen Herausforderungen, die sie zu einem stärker abgestimmten Vorgehen mit Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zwingen. Bund und Länder müssen jetzt gemeinsam mit der Wirtschaft handeln, soll nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland Schaden nehmen.‘“

Wir haben nach der PISA-Offenbarung mit Aufmerksamkeit die öffentliche Diskussion über bessere Schulsysteme verfolgt und uns auch dazu geäußert. Herr Ministerpräsident, wir hören, dass Sie eine Bildungspolitik vorantreiben, in der jeder nach seinen Fähigkeiten sich entwickeln kann. Wir hören auch, dass Sie die Zahl der Lehrer in

Niedersachsen beträchtlich steigern wollen. Dies sehen wir sehr positiv. In der Bildungsdiskussion der vergangenen Jahre haben wir jedoch eine entscheidende Aussage, die Mut und Ehrlichkeit verlangt, immer wieder vermisst. Es ist ganz wesentlich, der gesamten Gesellschaft zu offenbaren, dass zur Bildung ein solides Verhältnis zu Arbeit und Leistung gehört.

Wir müssen uns in unserem Land um eine Kultur der „Leistungsbereitschaft“ bemühen!

Angesichts der schwierigen Situation um den naturwissenschaftlichen Unterricht in den Schulen und dem damit ursächlich verbundenen Mangel an hochqualifiziertem na-



turwissenschaftlich-technischem Nachwuchs in Deutschland hat die DPG, oft gemeinsam mit der Heraeus-Stiftung und dem BMBF, in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Aktivitäten entfaltet. Ziel dieser Maßnahmen war es, alle Menschen, vor allem aber die jungen, näher an die Physik heranzuführen und sie dafür zu interessieren. Beispiele für diese Anstrengungen sind etwa die Samstagsuniversitäten, der Buchpreis für den besten Physikschüler jedes deutschen Gymnasiums, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit oder die Highlights der Physik, die in diesem Jahr unter dem Titel „Tanz der Elemente“ in Dresden stattfinden werden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den vielen Physikern und Studenten, die aktiv und mit großer Begeisterung diese Veranstaltungen tragen, im Namen der DPG ganz herzlich zu danken. Ich kann ihnen zurufen: Ihre Arbeit führt zu messbaren Resultaten. Dies kann man direkt an der erfreulichen Zunahme der Anfängerzahlen im Fach Physik, die wir in den vergangenen Jahren hatten, ablesen.

Zum Schluss lassen Sie mich noch ganz kurz auf die Internationalität in der Physik eingehen. Sie werden sich vielleicht fragen, warum ich über einen Umstand, der für uns

DPG-Präsident Roland Sauerbrey mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Christian Wulff, sowie dem Präsidenten der Universität Hannover, Ludwig Schätzl (von rechts).

alle selbstverständlich ist, in der Festsitzung der DPG sprechen will. Es ist gut, dass es selbstverständlich für uns Physiker ist, im Ausland zu arbeiten, internationale Kontakte zu pflegen und Wissenschaftler und Studenten aus anderen Ländern bei uns aufzunehmen. Viele von uns haben einen Teil ihres Studiums oder ihrer wissenschaftlichen Karriere vielleicht in Frankreich, den USA oder in letzter Zeit zunehmend auch in Japan verbracht. Die meisten kehren an Erfahrung reicher nach Deutschland zurück, andere bleiben länger in ihren Gastländern, manche für immer.

Betrachten wir jedoch unsere Rolle als Gastgeber für ausländische Wissenschaftler oder Studenten, so ist nicht zu übersehen, dass Deutschland als Gastland für viele Ausländer, vor allem aus Asien, nicht so attraktiv zu sein scheint wie z. B. die USA oder Großbritannien. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Es liegt sicherlich nicht daran, dass die Forschungsmöglichkeiten in Deutschland – was apparative und personelle Ausstattung betrifft – wesentlich schlechter wären als in anderen Ländern.

Schwerwiegender, aber wohl kurzfristig nicht zu ändern, sind da schon die kulturellen und vor allem sprachlichen Barrieren. Deutsch ist eben nicht Weltsprache. Aber es gibt auch politisch-bürokratische Hemmnisse für ausländische Wissenschaftler in Deutschland, die wir ändern können.

Es ist nach wie vor schwierig für Nicht-EU-Ausländer, nach ihrem Studium in Deutschland arbeiten zu können. Es ist ebenfalls schwierig für ausländische Wissenschaftler – sofern sie nicht aus der EU kommen – Familien nach Deutschland nachzuziehen. Demgegenüber betreiben andere Länder – etwa die USA – nach wie vor eine wesentlich klügere Politik, die es Spitzenwissenschaftlern einfach macht, sich dauerhaft in den USA niederzulassen.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, so können wir den weltweiten Kampf um die kreativen Köpfe, von dem Herr Bullinger spricht, nicht gewinnen.

Ausgewiesene Wissenschaftler müssen bei Einreise, Arbeitsgenehmigung, Familienzusammenführung und Einstellung im öffentlichen Dienst so bevorzugt, und ich sage es nochmals: bevorzugt, behandelt werden, wie das auch in anderen

Ländern – etwa in den USA – üblich ist, und ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, sich dafür einzusetzen. Die jetzt wieder aktive Diskussion um ein Zuwanderungsgesetz in Deutschland könnte dafür eine gute Gelegenheit sein.

Kristallisationspunkte internationaler Kontakte in der Physik sind nicht etwa nur Universitäten und Max-Planck-Institute, sondern insbesondere auch die Großgeräte der physikalischen Grundlagenforschung, etwa die großen Beschleuniger bei DESY in Hamburg oder bei der GSI in Darmstadt. Wir begrüßen die kürzlich von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, die physikalische Grundlagenforschung mit Großgeräten auch in der Zukunft substanziell zu unterstützen. Die DPG arbeitet derzeit zusammen mit dem BMBF daran, die Öffentlichkeit und die Politik umfassend über die Notwendigkeit der Forschung mit physikalischen Großgeräten zu informieren.

Gerade in einer Zeit, wo sich die außenpolitischen Missverständnisse und Fehlleistungen zu häufen scheinen, ist es wichtig, die Internationalität in der Wissenschaft zu pflegen. Ich weiß, dass wir Physiker das ohnehin tun werden. Aber vielleicht sollten wir in Zukunft öfter darüber reden.

Meine Anrede an das Auditorium gilt ja allen Zuhörern, dennoch war meine Ansprache vornehmlich an

die Politik gerichtet, als deren prominenter Vertreter Sie, Herr Ministerpräsident, heute unter uns weilen. Ihre sehr deutliche Bevorzugung ist schlicht und einfach darin begründet, dass wir nicht jeden Tag unmittelbar das Weiße im Auge eines Ministerpräsidenten sehen. Ich hoffe, Sie haben *uns* besser kennengelernt und nach Ihrem Vortrag werden wir *Sie* besser kennengelernt haben, und dies wird die Basis für zukünftige aufklärende Dialoge. Übrigens kann ich eine ganze Reihe Politiker nennen, die über die Jahre unmittelbar den Kontakt mit uns gesucht haben. Dazu gehören zum Beispiel Volker Hauff, Hans Matthöfer, Helmut Schmidt, Heinz Riesenhuber, Kurt Biedenkopf, Edelgard Buhlman und sehr intensiv auch Ernst Albrecht. Unsere Aussagen sind fern von Ideologie, sie sind auch nicht parteipolitisch bestimmt und auch nicht durch die Interessen der Industrie beeinflusst. Wir versuchen mit unseren Aussagen sehr dicht bei der Wahrheit zu sein, und wissen schon, dass Wahrheit nicht immer leicht zu verkraften ist. Unsere Gesellschaft leidet und ist sogar manchmal gelähmt durch einen sehr eigennützigem Lobbyismus. Unsere Beratungen und Empfehlungen für politisches Handeln kommen ohne Eigennutz aus der Kraft der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, und das ist die Kraft unserer Mitglieder.

Neues Ehrenmitglied der DPG



Prof. Dr. Herbert Walther, emeritierter Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching, wurde in Hannover vom Vorstandsrat zum Ehrenmitglied der DPG gewählt. Die DPG ehrt ihn für seine bahnbrechenden Experimente zur Wechselwirkung einzelner Atome oder Ionen mit einzelnen Photonen, mit denen er das Forschungsgebiet der Hohlraum-Quantenelektrodynamik mitbegründet hat, für seine unermüdlichen Leistungen und Erfolge, die Quantenoptik, Atomphysik und Laserphysik

in Deutschland zu einer blühenden Forschungslandschaft zu entwickeln, sowie für seine kompetente Mitwirkung in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien der akademischen Selbstverwaltung und der Beratung der Politik, heißt es in der Begründung. Herbert Walther ist seit vielen Jahren Herausgeber der Physikalischen Blätter bzw. des Physik Journals. (Foto: MPQ)